



Landtag NRW  
Ausschuss für Europa und Internationales  
Anhörung zu Drucksache 18/4140

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE  
  
**STELLUNGNAHME**  
**18/637**  
Alle Abgeordneten

■ **Schriftliche Stellungnahme des EUROPE DIRECT Düsseldorf  
zum Antrag der SPD-Fraktion „Europawahlbeteiligung und Europa-  
fähigkeit der Kommunen in NRW stärken“  
Drucksache 18/4140**

Das EUROPE DIRECT Informationszentrum Düsseldorf bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum o.g. Antrag der SPD-Landtagsfraktion im Rahmen der Anhörung des Ausschusses für Europa und Internationales (AEI) am 15.08.2023.

■ Das EUROPE DIRECT Düsseldorf bezieht Stellung zu II.2. „Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, Europe Direct Zentren mit Landesmitteln direkt zu fördern und so ihre Arbeit zu stärken“:

Die Landeshauptstadt Düsseldorf ist seit 2018 Trägerin eines EUROPE DIRECT Informationszentrums. Damit ist sie Teil eines Informationsnetzwerkes der Europäischen Kommission, das als Schnittstelle zwischen der EU und der Bevölkerung vor Ort dient.

Europaweit gibt es 438 EUROPE-DIRECT-Zentren, davon sind 50 in Deutschland und acht in NRW (Aachen, Bocholt, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Gütersloh, Steinfurt). Die EUROPE-DIRECT-Zentren informieren die Bürgerinnen und Bürger über die Europäische Union, halten Broschüren bereit und geben Auskunft zu europäischen Fragestellungen. Die Zentren organisieren Veranstaltungen zu EU-Themen, Studienreisen zu den EU-Institutionen und Workshops für Schülerinnen und Schüler. Damit fördern sie die lokale und regionale Debatte über die Europäische Union, im Zentrum welcher die Auseinandersetzung mit der Frage steht, wie die Europäische Union unser Leben in Städten und Gemeinden beeinflusst und bereichert.

Die aktuelle Förderperiode der EUROPE-DIRECT-Zentren läuft von 2021 bis 2025. Die Auswahl der Zentren für das EUROPE-DIRECT Netzwerk wurde durch die Europäische Kommission auf Basis einer öffentlichen Ausschreibung getroffen. Damit wollte die EU Kommission förderfähige Einrichtungen unterstützen, die sich verpflichten, eine Reihe von Informations- und Einbeziehungsmaßnahmen als EUROPE-DIRECT-Zentren durchzuführen. Die jeweiligen Trägerorganisationen (zumeist Gemeinden, Landkreise, Vereine)



werden zu Partnern der EU-Kommission und des EU-Parlaments und unterzeichnen eine Partnerschaftsrahmenvereinbarung mit der Vertretung der Kommission in Deutschland. Die jährliche Finanzhilfe, die alle EUROPE-DIRECT-Zentren in Deutschland von der Vertretung der EU Kommission erhalten, beläuft sich auf 38.000 EUR. Jede Trägerorganisation ist verpflichtet, Eigenmittel zur Verfügung zu stellen, um die Tätigkeiten des EUROPE DIRECT Zentrums ausführen zu können.

Seit vielen Jahren steht die Landesregierung im engen Austausch mit den EUROPE-DIRECT-Zentren in Nordrhein-Westfalen. Zweimal jährlich lädt die Staatskanzlei, Referat IV A 2 Europafähigkeit, Regionen und Kommunen in Europa, alle EUROPE-DIRECT-Zentren in NRW zu einem Austausch ein (zuletzt 11. August 2023). Zusätzlich gibt es regelmäßige Förderprogramme und Wettbewerbe der Staatskanzlei, die entweder speziell für EUROPE-DIRECT-Zentren konzipiert sind oder an denen sich die EUROPE-DIRECT-Zentren als europaaktive Institutionen beteiligen können. In den letzten Jahren nahm das EUROPE DIRECT Düsseldorf erfolgreich an den Wettbewerben Europawochen, Frankreich-Polen-NRW-Jahr und Richeza-Preis teil. Aktuell besteht für die EUROPE-DIRECT-Zentren in NRW bis 31. August 2023 die Möglichkeit, sich an einem von der Staatskanzlei ausgerufenen Wettbewerb für Projekte zur „Europawahl 2024 und zum Europäischen Jahr der Kompetenzen“ zu beteiligen.

**Fazit:** Als Institutionen, die einen engen Kontakt mit der Bevölkerung vor Ort pflegen, kommt den EUROPE-DIRECT-Zentren eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger für die Europawahl 2024 zu. Daher wird das EUROPE DIRECT Düsseldorf im ersten Halbjahr 2024 den Schwerpunkt seiner Öffentlichkeitsarbeit und seines Veranstaltungsangebots auf die anstehende Europawahl legen. Die Fortführung und der Ausbau der Förderprogramme und Wettbewerbe zur Europawahl seitens des Landes NRW werden aus den o.g. Gründen begrüßt. Der bereits bestehende enge Dialog und Austausch mit der Staatskanzlei NRW zwecks Synergieeffekten und eines gesicherten Informationsflusses wird ebenfalls als wichtig erachtet, um möglichst viele Menschen in der Region für die Europäische Idee zu gewinnen und sie zur Wahlbeteiligung zu motivieren.